

Beschluss der Fraktion der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag

Neue Ansätze für eine lebendige und zukunftsgerichtete Erinnerungskultur

Unsere Demokratie ist in Gefahr - interkulturelle Begegnung, Toleranz wie Versöhnung als zentrale Elemente unserer Gesellschaftsordnung werden immer mehr in Frage gestellt. Nicht erst mit Einzug rechtspopulistischer Kräfte in die Landtage und in den Deutschen Bundestag treten auf allen gesellschaftlichen Ebenen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Hass gegenüber alternativen Lebensentwürfen immer offener zu Tage. Insbesondere antisemitische Übergriffe haben seit dem Israel-Gaza-Konflikt 2021 massiv zugenommen, klassische antisemitische Stereotypen gelten in weiten Teilen linker, rechter als auch migrantischer Milieus wieder als uneingeschränkt salonfähig und treten mit erschreckender Radikalität wieder hervor. Die Erfahrungen zeigen, dass trotz kontinuierlicher erinnerungskultureller Arbeit in Bund, Ländern und Kommunen diesen Negativentwicklungen nicht wirkungsvoll begegnet werden kann. Neue Zugänge in der Erinnerungskultur sind daher zwingend erforderlich, um unsere Demokratie zu stärken und der zunehmenden Verweigerung von Gedenken und Erinnerung an die dunkelste Epoche deutscher Geschichte wirkungsvoll zu begegnen.

Obwohl sich viele Deutsche als gut informiert über die Verbrechen des Nationalsozialismus bezeichnen würden, gibt es eklatante Wissenslücken im Hinblick auf die verschiedenen Opfergruppen und das vielschichtige Ausmaß der Täterschaft in der deutschen Gesellschaft der NS-Zeit. Insbesondere fehlt eine Verbindung zum Heute: Laut einer Studie geben 20 Prozent der Befragten an, rechtsextremen Terror wie die Anschläge des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) oder den Anschlag in Hanau mit der NS-Geschichte in Verbindung zu bringen. 46 Prozent der Befragten enthalten sich oder sehen keine Verbindung ("Multidimensionaler Erinnerungsmonitor", <https://Erinnerungsmonitor>). Dieser Unmittelbarkeit und daraus resultierendem Geschichtsrevisionismus müssen wir als demokratische Gesellschaft mit Entschiedenheit begegnen.

Entscheidend für unsere Erinnerungskultur bleiben dabei Gedenktage und Gedenkorte. Gedenktage wie der 27. Januar - an dem Deutschland und die Welt der Opfer des Nationalsozialismus gedenken - schaffen ein größeres nationales Bewusstsein. Orte - wie die Konzentrationslager Buchenwald, Bergen-Belsen, Flossenbürg oder Neuengamme und die Dokumentationszentren - schaffen erfahrbare authentische Begegnung. Doch ohne das persönliche Gespräch mit Zeitzeugen - Überlebenden und ihren Angehörigen - verfehlen Tage und Orte ihren tieferen Sinn. Zugleich werden wir aber zunehmend mit einer Geschichte

ohne Zeitzeugen konfrontiert, die daher zwangsläufig neue Zugänge zur Vergangenheit erfordert. Es wird die zentrale Herausforderung, persönliche Begegnungen für die heutigen und künftigen Generationen zu bewahren und das Gedenken proaktiv weiterzutragen. Insbesondere für die Überlebenden selbst ist es von größter Bedeutung, dass ihre Erinnerungen bewahrt werden. Die Möglichkeiten der Digitalisierung (Hologramme, Apps, Social Media, Virtual Reality etc.) wie konventionelle Medien (Filmaufnahmen, persönliche Dokumente wie Briefe und Tagebücher) erlauben es, diesem Wunsch der Zeitzeugen zu entsprechen und zugleich neue Wege in der Erinnerungskultur zu beschreiten.

Bereits heute lassen sich dabei eindrucksvolle Projekte beobachten. So das durch junge Erwachsene etablierte Projekt Zweitzeugen (<https://zweitzeugen.de>). Hier werden die Geschichten der Zeitzeugen durch Hören und Erleben der nachgestellten Biographien in Schulklassen und Bildungseinrichtungen weitergetragen. Geschichte wird so nachfühlbar und begreifbar. Aber auch Emotionen an den authentischen Orten spielen eine Rolle: Durch das Fühlen und Erleben beim Besuch der Baracken des KZ-Sachsenhausen oder durch den Steinbruch in Flossenbürg werden nachhaltig emotionale Verbindungen zu Besucherinnen und Besuchern geschaffen.

Mehr denn je brauchen wir eine emotionalere und direktere Form des Erinnerns, denn starke Gefühle im Zusammenspiel mit wissensbasierter Vermittlung historischer Fakten sind essentiell für die Entwicklung eines Geschichtsbewusstseins. **Für eine zukunftsgerichtete, zeitgemäße und lebendige Erinnerungspolitik sind uns folgende Voraussetzungen wichtig:**

1. Wissen heißt Respekt

Eine zeitgemäße wie nachhaltige Erinnerungskultur stellt eine aktive, kritische und gegenwartsbezogene Betrachtung der Zeit des Nationalsozialismus in den Vordergrund. Wissen führt zu Toleranz, Wertschätzung, Vorsicht also zu Respekt, der Grundlage unseres Zusammenlebens. Die Menschen sollen auf allen pädagogischen Ebenen (Schule, Ausbildung, Studium, Erwachsenenbildung) befähigt werden, ein historisches Urteilsvermögen zu entwickeln und dieses in unser gesellschaftliches Miteinander einzubringen. Forschendes und selbstständiges Lernen sind dafür der Schlüssel.

Aktualitätsbezüge müssen künftig ein größerer Bestandteil der Geschichtsvermittlung sein. Aktuelle Themen sollten von Beginn an in den Vordergrund gestellt und davon ausgehend die Hintergründe erklärt werden (z.B. Sophie Scholl-Vergleich bei Corona-Politik-Kritikern). Historisches Wissen sollte so vermittelt werden, dass Rückschlüsse und Parallelen zu gegenwärtigen Problemen identifiziert und historisch eingeordnet werden können. Eine solche moderne, möglichst viele Menschen mitnehmende Erinnerungskultur, kann eine Gesellschaft auch besser gegen Verschwörungsmethoden, Fake News und Desinformationen immunisieren. Geschichtsklitterung betreiben vor alle jene Kräfte, die an

Destabilisierung durch negative und manipulative Kommunikation interessiert sind.

In den allgemeinbildenden Schulen und Berufsschulen darf es keine Angst vor Diskussion und Konfrontation geben. Es braucht auch hier Raum für individuelle Begegnung mit erinnerungspolitischen Themen. Gut ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer für allgemeinbildende Schulen und Berufsschulen sind dabei entscheidend, Schüler zur Reflexion zu befähigen und zu ermutigen. Für die Schulen, aber auch Verwaltungen und Unternehmen, die ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weiterbilden, heißt das: mehr partizipative Workshops und Projekte. Die Gedenkstätten offerieren bereits vielfältige Angebote, die breiter angenommen werden müssen. Voraussetzung dafür sind neben der Bereitschaft und Zeit, vielfältige erinnerungskulturelle Angebote auch wahrzunehmen, die entsprechenden finanziellen Ressourcen.

2. Individualität trifft Emotion

Das Geschehene muss erleb- und erfahrbar gemacht werden und nicht nur den Verstand, sondern auch das Herz ansprechen. Besucherinnen und Besuchern können nur selbst nachhaltig ihren Bezug zur eigenen Realität herstellen. Dies gelingt, wenn Personen und Schicksale aus der unbegreiflichen Masse an Opfern herausgehoben werden und gezeigt wird, dass hinter jeder Geschichte ein Mensch steckt. Das Ende der Zeitzeugenschaft bedeutet gerade hier Umdenken: Menschliche Begegnungen unter den Zeitzeugen und mit ihnen sind bald nicht mehr möglich. Aber die Menschen, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Gedenkstätten, machen den Ort zu etwas Besonderem. Jedes Zeitzeugengespräch oder Zweitzeugengespräch, jedes Hologramm, jede Ton- und Bildaufnahme ist ein Baustein zu einem historischen Urteilsvermögen.

3. Gesellschaftlicher Wandel bedeutet Veränderung

In einer postmigrantischen Gesellschaft haben viele Menschen keine biographischen Erfahrungen mit der deutschen Geschichte gemacht, können aber dennoch starke eigene Erlebnisse von Ausgrenzung, Flucht, Gewalt und Leid haben. Auch ihr Blick muss zur Erinnerungskultur unseres Landes zählen und bei der Ausgestaltung der Erinnerungskultur berücksichtigt werden. Diesem gesellschaftlichen Wandel muss in der Behandlung und Reflexion der NS-Vergangenheit vor allem in der Schule, in der Ausbildung und dem Studium entsprochen werden. Lehrerinnen und Lehrer, Dozentinnen und Dozenten sowie Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in der Gedenkstättenpädagogik müssen diese Veränderung zukünftig stärker didaktisch auffangen. Dazu gehört eine entsprechende notwendige fachliche Qualifikation, die von den Bildungseinrichtungen geleistet werden muss.

4. Zielgruppen digital ansprechen

Smart Devices (u.a. Handy, Tablet) sollten stärker in Gedenkstätten integriert werden, um neue Berührungspunkte zur Vergangenheit zu schaffen. Eine

integrale Gedenkkultur öffnet sich nicht nur in den Gedenkstätten selbst für neue Zielgruppen. Die digitalen Formate wie Augmented Reality, Gamification und Serious Games sollten in den Schulen und den Gedenkstätten stärker genutzt werden, um zielgruppengerecht und breiter aktives Erinnern zu fördern. Nur durch Fortschritt wird aus dem Hier und Jetzt Vergangenheit.

5. Kunst schafft Verbindung

Erinnerungskultur braucht vielfältige kulturelle Zugänge. Zum einen können z.B. Musik und bildende Kunst genutzt werden, um sich dem Thema zu nähern. Beispielhaft sei der Workshop mit Schülerinnen und Schülern des US-Rappers Dan Wolf genannt (<https://Ravensbrück>). Zum anderen können Videokunst, bildende Kunst, Fotografie oder auch Tanz und Musik an den Gedenkort den Blick der Besucher weiten (so im NS-Dokumentationszentrum München (<https://yesterdaytomorrow.nsdoku>)). Die Verquickung mit anderen Disziplinen führt vor allem zu einer dichteren Vernetzung und damit zu einer breiteren gesellschaftlichen Wirkung der Erinnerungskultur.

6. Erinnerung braucht Ressourcen

Die Gedenkstätten sind zunehmend Instrumentalisierungen von rechts ausgesetzt. Sie können mit den derzeitigen finanziellen und personellen Ausstattungen gegen diese gestiegenen Herausforderungen nicht bestehen. Auch die digitale Ausgestaltung und Präsenz der Gedenkstätten benötigt Ressourcen. Während die Besucherzahlen steigen (siehe: <https://SZ> 27.1.2021), wachsen die zur Verfügung stehenden Mittel nicht im gleichen Maße mit. Zugleich findet die zivilgesellschaftliche Debatte vermehrt im Netz statt, wo die Gedenkstätten neben vielen Akteuren eine entscheidende Rolle als Diskursgeber und Gestalter einnehmen müssen. Um diesem Anspruch gerecht werden zu können, ist eine finanzielle Stärkung der NS-Gedenkstätten entsprechend der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel unverzichtbar.

Ansprechpartner:
Thomas Hacker, medienpolitischer Sprecher der FDP-Fraktion
Telefon: 030 227 - 74463 – E-Mail: thomas.hacker@bundestag.de